

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - ThürTierNebG -)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (ABl. EG Nr. L 273 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung ist eine umfassende gemeinschaftsrechtliche Grundlage geschaffen für

- die Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung und Verwendung oder Beseitigung tierischer Nebenprodukte, um zu verhindern, dass diese Erzeugnisse die Gesundheit von Mensch oder Tier gefährden, und
- das In-Verkehr-Bringen und in bestimmten Sonderfällen die Ausfuhr und die Durchfuhr von tierischen Nebenprodukten und daraus hergestellten Erzeugnissen.

Diese Materie war im nationalen Recht bislang im Tierkörperbeseitigungsgesetz in der Fassung vom 11. April 2001 (BGBl. I S. 523) in der jeweils geltenden Fassung geregelt. Die erforderlichen Länderausführungsregelungen wurden in entsprechenden Ausführungsgesetzen getroffen, so auch im Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz (ThürTierKBG) in der Fassung vom 10. April 2002 (GVBl. S. 169).

Aufgrund der mit der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 geschaffenen Regelungen ist gleichlautendes und entgegenstehendes nationales Recht aufzuheben. Mit Artikel 6 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82) wurde daher das Tierkörperbeseitigungsgesetz aufgehoben. Gleichzeitig wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz verabschiedet, da in der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 bestimmte Tatbestände, wie zum Beispiel die Zuständigkeiten oder die zur Beseitigung Verpflichteten, nicht geregelt sind und es weiterhin entsprechender nationaler Regelungen bedarf. Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz überlässt wie zuvor das Tierkörperbeseitigungsgesetz eine Reihe von Regelungen den Ländern; dies gilt insbesondere für die Bestimmung der Beseitigungspflichtigen und für die Regelung über die Entrichtung von Entgelten oder die Erhebung von Kosten für die Beseitigung von tierischen Nebenprodukten. Der Landesgesetzgeber hat dementsprechend die zur Ausführung des Bundesrechts erforderlichen Regelungen zu erlassen.

B. Lösung

Die notwendigen Regelungen können durch das vorliegende Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes getroffen werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand**

Im Vergleich zum bisher geltenden Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz entstehen durch das vorliegende Landesausführungsgesetz keine erkennbaren höheren Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand. Dem Land sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten entstehen insoweit keine Mehrkosten.

Die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten anfallenden Kosten für die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (§§ 2, 4 Abs. 1) sind wie bisher nach dem Verursacherprinzip grundsätzlich von den Besitzern der tierischen Nebenprodukte zu tragen; die Kostentragung für die Verarbeitung und Beseitigung der genannten tierischen Nebenprodukte erfolgt weiterhin über die Entrichtung von Gebühren. Zur Förderung der erforderlichen lückenlosen, schnellen und ordnungsgemäßen Beseitigung gefallener Tiere, von denen immer auch eine Seuchengefahr ausgeht, sowie zur Vermeidung einer erheblichen finanziellen Belastung der Besitzer gefallener Tiere wird wie auch in anderen Ländern wie bisher eine Mitbeteiligung der öffentlichen Hand an den entstehenden Kosten (ein Drittel Land, ein Drittel Landkreise und kreisfreie Städte) vorgesehen. Ein Drittel ist weiterhin von den Besitzern gefallener Tiere zu tragen.

2. Vollzugaufwand

Die für die Erfüllung der Vollzugaufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis (Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter) nach § 1 Abs. 2 notwendigen Mittel werden über die Auftragskostenpauschale nach § 23 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 9. Februar 1998 (GVBl. S. 15) in der jeweils geltenden Fassung zur Verfügung gestellt.

Durch das vorliegende Landesausführungsgesetz erhöht sich der Vollzugaufwand im Vergleich zum bisher geltenden Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz nicht. Nach dem bisher geltenden § 11 Abs. 3 Satz 2 ThürTierKBG obliegt der Vollzug der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Tierkörperbeseitigungsrechts, also auch der Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002, bereits derzeit den Landkreisen und kreisfreien Städten im übertragenen Wirkungskreis (Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter). Im Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 entsteht ein leicht erhöhter Vollzugaufwand aus der notwendigen Zulassung und Überwachung von Biogas- und Kompostieranlagen.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, den 25. Januar 2005

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - ThürTierNebG -)"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 24./25. Februar 2005.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Althaus

**Thüringer Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz
(Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - ThürTierNebG -)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1**Zuständige Behörden und ihre Aufgaben**

(1) Zuständige Landesbehörden im Sinne des § 2 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82) in der jeweils geltenden Fassung sind:

1. das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium als oberste Landesbehörde,
2. das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz,
3. die Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis (Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter).

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind die Behörden nach Absatz 1 Nr. 3 für die Durchführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie für die Durchführung der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukte zuständig.

(3) Das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung abweichend von Absatz 2 die Zuständigkeiten der Behörden nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 zu bestimmen, wenn dies zur Aufgabenerfüllung zweckmäßig ist. In den Fällen des § 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 TierNebG ist eine abweichende Zuständigkeit festzulegen.

(4) Soweit die Behörden nach diesem Gesetz oder der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zuständig sind, obliegt ihnen auch die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 14 TierNebG.

§ 2**Träger der Verarbeitung und Beseitigung tierischer
Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2**

(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte sind zuständige Körperschaften des öffentlichen Rechts (Beseitigungspflichtige) im Sinne des § 3 Abs. 1 TierNebG. Sie nehmen diese Aufgabe als Selbstverwaltungsaufgabe wahr.

(2) Die Beseitigungspflichtigen nach Absatz 1 können zur Erfüllung der Aufgabe einen Zweckverband bilden. Das Nähere regelt die Satzung. Mit der Übernahme der Aufgabenerfüllung durch den Zweckverband ist nur dieser Beseitigungspflichtiger.

§ 3**Einzugsbereiche**

(1) Das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium legt durch Rechtsverordnung im Benehmen mit den Beseitigungspflichtigen die Einzugsbereiche fest, innerhalb derer die Beseitigungspflichtigen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Tier-

NebG bezeichneten tierischen Nebenprodukte abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten oder zu beseitigen haben. Dabei sind die Belange des Tierseuchenschutzes, der Anfall der in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichneten tierischen Nebenprodukte, die Verkehrsverhältnisse und die Leistungsfähigkeit der Verarbeitungsbetriebe zu berücksichtigen.

(2) Das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium kann in besonderen Ausnahmefällen zulassen, dass die in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichneten tierischen Nebenprodukte auch in Verarbeitungsbetrieben, Verbrennungsanlagen oder Mitverbrennungsanlagen außerhalb des nach Absatz 1 festgelegten Einzugsbereichs behandelt, verarbeitet oder beseitigt werden dürfen.

§ 4

Kosten der Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2

(1) Die Beseitigungspflichtigen tragen die Kosten für die Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung und Beseitigung der in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichneten tierischen Nebenprodukte.

(2) Zur Deckung der Kosten erheben die Beseitigungspflichtigen von den Besitzern der in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichneten tierischen Nebenprodukte Gebühren aufgrund einer Satzung. Die Gebühren sind so zu bemessen, dass sie die durch die Beauftragung eines Dritten im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG entstehenden Kosten und den Verwaltungsaufwand (durchschnittlicher Personal- und Sachaufwand) für die Beseitigungspflichtigen decken. Bei der Bemessung sind die Verwertungserlöse zu berücksichtigen. § 12 Abs. 6 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301) in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden die Gebühren für die Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung und Beseitigung in Bezug auf Tierkörper von Vieh im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Tierseuchengesetzes in der Fassung vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1260) in der jeweils geltenden Fassung zu einem Drittel von den Besitzern der Tierkörper getragen. An den verbleibenden Kosten für die Beseitigungspflichtigen beteiligt sich das Land zur Hälfte.

(4) Soweit für das in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichnete Material die Pflicht zur Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung oder Beseitigung von tierischen Nebenprodukten nach § 3 Abs. 2 TierNebG auf eine natürliche oder juristische Person des Privatrechts übertragen worden ist, gelten die Absätze 1, 2 Satz 1 und 3 sowie Absatz 3 Satz 1 sinngemäß mit der Maßgabe, dass von den Besitzern der tierischen Nebenprodukte ein privatrechtliches Entgelt verlangt werden kann. Die Entgelte sind nach Maßgabe der Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten, Anlage zur Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BANz. Nr. 244) in der jeweils geltenden Fassung zu bestimmen, soweit nicht bei der Übertragung Abweichendes festgelegt wird. Kostenüberdeckungen oder Kostenunterschreitungen, die sich am

Ende einer Kalkulationsperiode für deren Zeitraum ergeben, sind bei den Entgelten in der nachfolgenden Kalkulationsperiode auszugleichen. Die in Absatz 3 festgelegte Kostenbeteiligung der Beseitigungspflichtigen nach § 2 und des Landeshaushalts in Bezug auf die dort genannten Tierkörper gilt auch im Falle der Übertragung nach § 3 Abs. 2 TierNebG.

(5) Die Entgelte nach Absatz 4 bedürfen der Genehmigung durch das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (Genehmigungsbehörde). Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden; insbesondere kann sie befristet und mit einem Vorbehalt des Widerrufs erlassen werden. Der Genehmigungsbehörde ist jede beabsichtigte Änderung der Höhe der Entgelte unverzüglich, mindestens drei Monate vor ihrer beabsichtigten Anwendung, schriftlich mitzuteilen. Ihr sind hierbei alle für eine Beurteilung der Berechnung der Entgelte erforderlichen Unterlagen einzureichen, insbesondere soweit sie zur Beurteilung der Stoffströme, Kosten und Erlöse notwendig sind. Die Genehmigungsbehörde hat die Höhe der Entgelte unter Beifügung der eingereichten Unterlagen durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen. Die hierfür entstehenden Kosten sind Kosten des Genehmigungsverfahrens.

(6) Soweit die Pflicht zur Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung oder Beseitigung von tierischen Nebenprodukten nicht nach § 3 Abs. 2 TierNebG übertragen ist, haben die Beseitigungspflichtigen die von dem zur Erfüllung ihrer Beseitigungspflicht beauftragten Dritten im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG geforderten Entgelte durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer auf Kosten dieses Dritten prüfen zu lassen. Die in Absatz 5 Satz 3 und 4 genannten Mitteilungs- und Vorlagepflichten gelten entsprechend. Kostenüberdeckungen oder Kostenunterschreitungen, die sich am Ende einer Kalkulationsperiode für deren Zeitraum ergeben, sind bei den Entgelten in der nachfolgenden Kalkulationsperiode auszugleichen.

§ 5

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

(2) Mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes tritt gleichzeitig das Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz in der Fassung vom 10. April 2002 (GVBl. S. 169) außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002, die seit dem 30. April 2003 anzuwenden ist, wurde eine umfassende gemeinschaftsrechtliche Grundlage geschaffen für

- die Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung und Verwendung oder Beseitigung tierischer Nebenprodukte, um zu verhindern, dass diese Erzeugnisse die Gesundheit von Mensch oder Tier gefährden, und
- das In-Verkehr-Bringen und in bestimmten Sonderfällen die Ausfuhr und die Durchfuhr von tierischen Nebenprodukten und daraus hergestellten Erzeugnissen.

Diese Materie war im nationalen Recht bislang im Tierkörperbeseitigungsgesetz (TierKBG) geregelt. Die erforderlichen Länderausführungsregelungen wurden in entsprechenden Ausführungsgesetzen getroffen, so auch im Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz. Aufgrund der mit der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 geschaffenen Regelungen ist gleichlautendes und entgegenstehendes nationales Recht aufzuheben. Mit dem am 29. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten wurde daher das Tierkörperbeseitigungsgesetz aufgehoben. Gleichzeitig wurde mit diesem (Artikel-)gesetz das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) verabschiedet, da in der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 bestimmte Tatbestände, wie zum Beispiel die Zuständigkeiten oder die zur Beseitigung Verpflichteten, nicht geregelt sind und es weiterhin entsprechender nationaler Regelungen bedarf. Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz überlässt wie zuvor das Tierkörperbeseitigungsgesetz eine Reihe von Regelungen den Ländern; dies gilt insbesondere für die Bestimmung der Beseitigungspflichtigen (§ 3 Abs. 1 TierNebG), die Regelung der Einzugsbereiche nach § 6 Abs. 1 TierNebG sowie die Regelung über die Entrichtung von Entgelten oder die Erhebung von Kosten für die Verarbeitung und Beseitigung von tierischen Nebenprodukten (§ 11 Abs. 3 TierNebG). Diese zur Ausführung des Bundesrechts erforderlichen Regelungen hat der Landesgesetzgeber zu erlassen.

Die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten anfallenden Kosten der Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten sind wie bisher nach dem Verursacherprinzip grundsätzlich von den Besitzern der tierischen Nebenprodukte zu tragen. Die Kostentragung für tierische Nebenprodukte der Kategorie 1 im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 sowie der Kategorie 2 im Sinne des Artikels 5 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 erfolgt weiterhin über die Entrichtung von Gebühren. Tierische Nebenprodukte der Kategorie 3 im Sinne des Artikels 6 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (insbesondere Schlachtkörperteile) sind seuchenhygienisch anders zu beurteilen als Material der Kategorie 1 oder 2; Material der Kategorie 3 ist insoweit frei verkehrsfähig, als eine "Andienungspflicht" nicht erforderlich ist und sich die Verwendung, Behandlung, Verarbeitung, Weiterverarbeitung und Beseitigung nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 richtet.

Die nach dem Gesetz wie bisher vorgesehene Mitbeteiligung der öffentlichen Hand an den entstehenden Beseitigungskosten für Tierkörper von

Vieh im Sinne des Tierseuchengesetzes (TierSG) in der Fassung vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1260) in der jeweils geltenden Fassung dient zum einen der Förderung der lückenlosen, schnellen und ordnungsgemäßen Beseitigung gefallener Tiere, von denen immer eine Seuchengefahr ausgehen kann, sowie der Vermeidung einer erheblichen finanziellen Belastung der Besitzer der vorgenannten Tiere. Eine vergleichbare Regelung enthält auch das bisher geltende Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1:

Nach § 2 TierNebG obliegt den zuständigen Landesbehörden die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 und der zu ihrer Durchführung ergangenen Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften sowie die Durchführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und der aufgrund des Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften. Absatz 1 legt dementsprechend die in Thüringen zuständigen Behörden auf der obersten, mittleren und unteren Verwaltungsebene fest. Das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz ist damit gleichzeitig Fachaufsichtsbehörde im Sinne des § 118 Abs. 4 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) in der jeweils geltenden Fassung. Die Ausgestaltung des Absatzes 1 lehnt sich an die Gesetzessystematik des Thüringer Tierseuchengesetzes und des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz sowie zur Weinüberwachung an.

Absatz 2 enthält eine Auffangzuständigkeit für die Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis (Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter) entsprechend der Festlegung im bisher geltenden § 11 Abs. 3 des Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetzes (Thür-TierKBG). Insbesondere obliegt den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern die Überwachung der Einhaltung der in § 12 Abs. 1 TierNebG genannten Vorschriften. Dies umfasst vor allem die Durchführung amtlicher Kontrollen zugelassener Betriebe nach Artikel 26 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002. Den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern obliegt es auch, im Einzelfall die Anordnungen zu erlassen, die zur Einhaltung der in § 12 Abs. 1 TierNebG genannten Vorschriften erforderlich sind (§ 12 Abs. 2 Satz 1 TierNebG) und Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung zu treffen.

Im Unterschied zur Regelung des § 11 ThürTierKBG sollen die Zuständigkeiten für das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz und das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit zukünftig nicht mehr im Landesgesetz selbst, sondern im Interesse einer flexibleren Handhabung durch Rechtsverordnung des Fachministeriums getroffen werden (Absatz 3). In Bezug auf die Fälle des § 3 Abs. 2 Satz 1 TierNebG wird die Ermächtigung zum Erlass der Rechtsverordnung ausdrücklich mit der Verpflichtung verbunden, davon Gebrauch zu machen, da die Landkreise und kreisfreien Städte als zugleich Beseitigungspflichtige im Sinne des § 3 Abs. 1 TierNebG nicht zuständige Behörde für die Übertragung der Beseitigungspflicht sein können. Dies ergibt sich auch aus dem Wortlaut des § 3 Abs. 2 Satz 1 TierNebG ("nach Anhörung der Beseitigungspflichtigen"). Für die Fälle des § 3 Abs. 3 TierNebG wird ebenfalls verpflichtend vorgegeben, dass eine abweichende Zuständigkeit zu bestimmen ist, da es der Entscheidung durch eine kreisübergreifend zuständige Behörde bedarf.

Absatz 4 bestimmt die zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 14 TierNebG im Sinne von § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Zu § 2:

Nach § 3 Abs. 1 TierNebG sind die nach Landesrecht zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts (Beseitigungspflichtige) wie bisher verpflichtet, das in ihrem Gebiet anfallende Material der Kategorie 1 im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 und Material der Kategorie 2 im Sinne des Artikels 5 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ausgenommen Dung, Jauche und ähnliche tierische Ausscheidungen sowie Magen- und Darminhalt) nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten und zu beseitigen. Die Beseitigungspflichtigen können sich nach § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG wie auch nach dem bisherigen Tierkörperbeseitigungsrecht zur Erfüllung der Pflicht Dritter bedienen, zum Beispiel privater Unternehmer, zivilrechtlicher Zusammenschlüsse oder öffentlich-rechtlicher Anstalten. Die Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte der Kategorie 1 oder 2 ist trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung vorrangig eine seuchenhygienische, dem Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier dienende Aufgabe. Die Verarbeitung und Beseitigung dieser tierischen Nebenprodukte muss zu jeder Zeit gesichert und ordnungsgemäß durchgeführt werden. Dabei kommt es aus seuchenhygienischer Sicht zunächst darauf an, Material der Kategorien 1 und 2 so zu verarbeiten, dass von den erzeugten Produkten keine Gefahr für die tierische und menschliche Gesundheit ausgeht. Die Weiterverarbeitung oder endgültige Beseitigung der erzeugten Produkte richtet sich nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002, den hierzu erlassenen Änderungsverordnungen sowie der gemeinschaftsrechtlichen Durchführungsbestimmungen zur Verordnung. In Absatz 1 werden als zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 Abs. 1 TierNebG die Landkreise und kreisfreien Städte bestimmt. Diese sind bereits nach der bisherigen Rechtslage Aufgabenträger hinsichtlich der Beseitigung der in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse. Im Unterschied zum bisher geltenden Recht ist für Material der Kategorie 3 im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (insbesondere Schlachtkörperteile) eine "Andienungspflicht" nicht erforderlich. Die Verwendung, Behandlung, Verarbeitung, Weiterverarbeitung und Beseitigung dieses Materials richtet sich allein nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002. Entsprechend der bundesrechtlichen Vorgabe regelt Absatz 1 daher nur den Träger der Beseitigung tierischer Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2.

Wie in der bisher geltenden Regelung des § 2 ThürTierKBG wird in Absatz 2 die Möglichkeit der Bildung eines Zweckverbands durch die Beseitigungspflichtigen (Landkreise und kreisfreie Städte) festgeschrieben. Auf der Grundlage des bisher geltenden Tierkörperbeseitigungsrechts haben die hiesigen Landkreise sowie die kreisfreien Städte Eisenach und Gera bereits den Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen gebildet. In den Fällen eines Zusammenschlusses gilt nur der Zweckverband im Rahmen der Verbandssatzung als Beseitigungspflichtiger im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG.

Darüber hinaus besteht nach § 3 Abs. 2 TierNebG entsprechend der Regelung im bisher geltenden § 4 Abs. 2 TierKBG die Möglichkeit, dass die zuständige Behörde nach Anhörung der Beseitigungspflichtigen ei-

ner natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts, die einen Verarbeitungsbetrieb, eine Verbrennungsanlage oder eine Mitverbrennungsanlage betreibt, die Verpflichtung zur Verarbeitung und Beseitigung überträgt. Damit wäre diese Person so genannter beliehener Unternehmer. Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen sowie die kreisfreien Städte Weimar, Erfurt, Suhl und Jena sind derzeit Beseitigungspflichtige in Bezug auf Tierkörper von Vieh. Tierkörper (verendete, tot geborene oder ungeborene Tiere sowie getötete Tiere, die nicht zum menschlichen Genuss verwendet werden) sind nach der Begriffsbestimmung des Artikels 2 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 Teil der tierischen Nebenprodukte. Nur für die übrigen tierischen Nebenprodukte (Schlachtabfälle) wurde bisher die Beseitigungspflicht auf einen beliebigen Unternehmer übertragen. Dieses System soll beibehalten werden, wobei darauf hinzuweisen ist, dass Schlachtabfälle nur noch dann einer Andienungspflicht unterliegen, wenn sie Material der Kategorie 1 oder 2 enthalten. Nach der Übergangsbestimmung des § 16 Abs. 7 TierNebG gilt eine Übertragung der Beseitigungspflicht nach § 4 Abs. 2 TierKBG in der bis zum 28. Januar 2004 geltenden Fassung als Übertragung nach § 3 Abs. 2 TierNebG fort.

Zu § 3:

Die Regelung in Absatz 1 beruht auf § 6 Abs. 1 TierNebG. Danach bestimmen die Länder die Einzugsbereiche, innerhalb derer die Beseitigungspflichtigen das in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichnete Material nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten oder zu beseitigen haben. Verarbeitungsbetriebe für Material der Kategorie 1 oder 2 haben nicht nur für die Unschädlichmachung und Verarbeitung, sondern zum größten Teil auch für die Anfuhr des anfallenden Materials zu sorgen. Um einerseits klare Abgrenzungen der Zuständigkeiten und eine Auslastung der Betriebe, andererseits jederzeit eine Verarbeitung und Beseitigung gewährleisten zu können, haben die Länder die Festlegung von Einzugsbereichen vorzunehmen. Da sich aus der Festlegung der Einzugsbereiche auch direkte Folgen für die Besitzer von tierischen Nebenprodukten ergeben (beispielsweise § 9 Abs. 1 TierNebG), ist für die Festlegung die Form der Rechtsverordnung erforderlich. Aufgrund der Übergangsbestimmung des § 16 Abs. 6 TierNebG gelten längstens bis zum 1. Januar 2005 die Einzugsbereiche nach der Thüringer Verordnung über die Einzugsbereiche der Tierkörperbeseitigungsanstalten vom 15. Oktober 2001 (GVBl. S. 323) in der jeweils geltenden Fassung als Einzugsbereiche im Sinne des § 6 Abs. 1 TierNebG.

Die Regelung in Absatz 2 macht von der Ermächtigung des § 6 Abs. 2 TierNebG Gebrauch. In besonderen Ausnahmefällen, insbesondere wenn in Thüringen keine oder nicht ausreichende Kapazitäten für die Verarbeitung und Beseitigung von Material der Kategorien 1 und 2 zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel im Falle eines Tierseuchenausbruchs, kann das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium bestimmen, dass das in § 3 Abs. 1 Satz 1 TierNebG bezeichnete Material auch in Verarbeitungsbetrieben, Verbrennungsanlagen oder Mitverbrennungsanlagen außerhalb des festgelegten Einzugsbereichs behandelt, verarbeitet oder beseitigt werden darf. Dabei ist darauf zu achten, dass die Transportwege eine möglichst geringe Gefahr für die Tierbestände aufweisen.

Zu § 4:

Die Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte verursacht Kosten durch das Einsammeln, den Transport zu den Zwischenbehandlungs- und Verarbeitungsbetrieben, die Verarbeitung selbst und die anschließende Beseitigung der Erzeugnisse. Diese Kosten sind auf die Besitzer der tierischen Nebenprodukte als "Verursacher" dieser Nebenprodukte umzulegen. Wie bereits § 16 Abs. 1 TierKBG enthält daher auch § 11 Abs. 3 TierNebG für die Länder die Möglichkeit, entsprechend der Regelung bei der Abfallbeseitigung, für die Beseitigung tierischer Nebenprodukte, die nach dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz an Beseitigungspflichtige abzugeben sind, nach dem Verursacherprinzip zu verfahren. Das Verursacherprinzip wird in Absatz 2 festgeschrieben. Dies entspricht dem bislang geltenden § 8 Abs. 2 ThürTierKBG. Decken die Erlöse aus den gewonnenen Produkten die Aufwendungen für die Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte der Kategorie 1 oder 2 nicht, sind von den Besitzern der tierischen Nebenprodukte Gebühren zu erheben. Für tierische Nebenprodukte, die in Schlachtbetrieben anfallen, gilt der Betreiber des Schlachtbetriebs als Besitzer. Nach § 1 Abs. 3 in Verbindung mit § 2 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301) in der jeweils geltenden Fassung sind bestimmte formale Anforderungen an die Gebührensatzung zu beachten. Außerdem ist nach § 2 Abs. 5 ThürKAG die Vorlage der Satzung bei der Rechtsaufsichtsbehörde erforderlich. § 12 Abs. 6 ThürKAG wird für entsprechend anwendbar erklärt, um bei der Gebührenbemessung die Kosten in einem mehrjährigen Zeitraum berücksichtigen zu können. Kostenüberdeckungen, die sich am Ende des Bemessungszeitraums ergeben, sind bei ein- oder mehrjähriger Gebührenbemessung innerhalb des folgenden Bemessungszeitraums auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Im Rahmen der Deckung der Kosten für die Verarbeitung und Beseitigung der Tierkörper von Vieh im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 TierSG soll wie bisher ungeachtet der grundsätzlichen Anwendung des Verursacherprinzips eine Unterstützung durch eine Kostenübernahme in Höhe von zwei Dritteln seitens der öffentlichen Hand gewährt werden (Absatz 3). Diese Regelung steht in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Rahmen von TSE-Tests, Falltieren und Schlachtabfällen vom 24. Dezember 2002 (ABl. C 324 S. 2 Rn. 29). Die Regelung in Absatz 3 fördert darüber hinaus die erforderliche lückenlose, schnelle und ordnungsgemäße Beseitigung gefallener Tiere, von denen immer auch eine Seuchengefahr ausgeht. Die Beseitigungspflichtigen werden ferner angehalten, sich dem kostengünstigsten Konzept der Beseitigung von tierischen Nebenprodukten der Kategorien 1 und 2 anzuschließen. Der bisher geltende § 8 Abs. 3 ThürTierKBG enthielt eine entsprechende Regelung.

Wird die Verpflichtung zur Verarbeitung und Beseitigung auf eine natürliche oder juristische Person des Privatrechts nach § 3 Abs. 2 TierNebG übertragen, kommt eine öffentlich-rechtliche Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses nicht in Betracht. Entsprechend der Vorgabe in § 11 Abs. 3 TierNebG wird daher in Absatz 4 die Entrichtung eines privatrechtlichen Entgelts geregelt. Zur näheren Bestimmung der Entgelte wird an die Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten in der Anlage zur Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BANz. Nr. 244) in der jeweils geltenden Fassung angeknüpft. Das ist sachgerecht, da die Leitsätze die

Preisbildung bei Fehlen eines durch Wettbewerb gebildeten verkehrsüblichen Preises regeln, so dass auf eine geeignete Bezugsgröße für die angemessene Preisgestaltung unter Beschränkung auf die leistungsbezogenen Kosten unter Einbeziehung des kalkulatorischen Gewinns zurückgegriffen werden kann (siehe auch Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Dezember 2002, RdL 2003 S. 162; DVBl. 2003 S. 683 - nur Leitsatz -).

Absatz 5 sieht ein Genehmigungserfordernis hinsichtlich der von der natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts im Falle einer Beileihung nach § 3 Abs. 2 TierNebG erstellten Entgelte vor. Wem die Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte mit allen Pflichten übertragen worden ist, soll zu einer weitestgehenden rationellen Verarbeitung und Beseitigung angehalten werden. Im öffentlichen Interesse ist sicherzustellen, dass die Höhe der Entgelte nachvollziehbar und kontrollierbar ist. Die Genehmigung der Entgelte stellt sicher, dass die mit der Verarbeitung und Beseitigung verpflichtete natürliche oder juristische Person des Privatrechts die erforderlichen Kalkulationen über Kosten und Erlöse sowie Abrechnungen der Genehmigungsbehörde vorlegen muss. Die Genehmigungsbehörde hat im Interesse des Beseitigungspflichtigen und der Tierbesitzer die Entgelte durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen und die Genehmigung in Abhängigkeit vom Prüfergebnis zu erteilen. Die der natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts durch den Wirtschaftsprüfer entstehenden Kosten sind Bestandteil des Selbstkostenpreises im Sinne der anzuwendenden Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten. Nach enger Abstimmung mit anderen Ländern (Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen) soll die Kontrolle der Gestaltung der Entgelte wie bisher durch einen gemeinsam ausgewählten und beauftragten unabhängigen Wirtschaftsprüfer erfolgen, da nur dieser die erforderliche Kontrolle sach- und fachgerecht durchführen kann.

Absatz 6 gibt auch für die Entgelte, die die Beseitigungspflichtigen nach § 2 an den von ihnen in die Erfüllung der Beseitigungspflicht nach § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG eingeschalteten Dritten leisten müssen, eine Prüfpflicht durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer vor. Diese Prüfung der Entgelte entspricht der bisherigen Praxis. Im öffentlichen Interesse ist sicherzustellen, dass die Höhe der Entgelte nachvollziehbar und kontrollierbar ist, zumal in Bezug auf Tierkörper von Vieh nach Absatz 3 Satz 2 eine Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand zum Tragen kommt. Die Bestimmungen des öffentlichen Preisrechts, wie sie sich aus der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben, sind im Falle der Beauftragung eines Dritten im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG unmittelbar anwendbar. Die Anwendung von Selbstkostenpreisen im Sinne der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergibt sich durch entsprechende Vereinbarung der Beseitigungspflichtigen mit dem beauftragten Dritten. Die dem in die Erfüllung der Beseitigungspflicht nach § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG eingeschalteten Dritten durch den Wirtschaftsprüfer entstehenden Kosten sind Bestandteil des Selbstkostenpreises im Sinne der anzuwendenden Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten.

Zu § 5:

Die Bestimmung regelt in Absatz 1 das In-Kraft-Treten und das Außerkraft-Treten des Gesetzes. Da die im Interesse der Länder getroffenen

Übergangsbestimmungen nach § 16 Abs. 5, 6 und 8 TierNebG längstens bis zum 1. Januar 2005 gelten, soll das vorliegende Gesetz zu diesem Zeitpunkt in Kraft treten. Die Befristung des Gesetzes beruht auf dem Beschluss des Kabinetts vom 17. Dezember 2002, nach dem zukünftig alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften in der Regel auf fünf Jahre zu befristen sind. Aufgrund der Notwendigkeit eines kontinuierlich fortbestehenden Landesausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz ist die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes rechtzeitig einzuleiten.

Mit Absatz 2 wird das Thüringer Tierkörperbeseitigungsgesetz aufgehoben, da dieses der Ausführung des am 29. Januar 2004 außer Kraft getretenen Tierkörperbeseitigungsgesetzes dient und die zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes erforderlichen Landesregelungen im vorliegenden Gesetz getroffen werden.